

# Kritik an Politiker-Pensionen

Der Steuerzahlerbund moniert die Altersansprüche für Sachsen-Anhalts Landtagsabgeordnete als viel zu hoch. Eine Stiftung fordert jetzt Reformen. Union und SPD reagieren skeptisch.

VON ALEXANDER WALTER

**MAGDEBURG.** Der Bund der Steuerzahler kritisiert die Höhe der Politiker-Pensionen im Magdeburger Landtag. „Die Abgeordneten haben eine privilegierte Altersversorgung ohne eigene Beitragspflicht, vollständig finanziert vom Steuerzahler“, sagte Landesverbandsschef Ralf Seibicke der Volksstimme. „Dabei erwerben sie sehr schnell sehr hohe Versorgungsansprüche. Dieses Versorgungssystem ist aus der Zeit gefallen.“ Auch die Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen (SRzG) kritisiert die Höhe der Pensionsansprüche.

Tatsächlich haben Sachsen-Anhalts Abgeordnete Anspruch auf vergleichsweise großzügige Pensionen. Ab dem ersten Tag erwirbt ein Politiker pro Jahr im Landtag drei Prozent seiner Diäten (derzeit 8.736,66 Euro) als Altersanspruch – auszahlbar je nach Dauer des Landtagsmandats frühestens ab dem Alter von 56.

## Fast 4.000 Euro nach 15 Jahren

Das Niveau liegt oberhalb des Bundestags, wo lediglich 2,5 Prozent der Diätenhöhe als jährlicher Zuwachs pro Jahr angesetzt werden, aber auch höher als etwa in Bayern (2,5 Prozent). So kommen Sachsen-Anhalts Politiker nach zehn Jahren im Parlament auf 2.621 Euro Versorgungsansprüche, nach 15 Jahren auf 3.931 Euro. Nach 23 Jahren wird mit 6.082 Euro das Maximal-Niveau erreicht (69 Prozent der Diäten).

Ein sehr gut verdienender Arbeitnehmer, der dauerhaft den höchstmöglichen Betrag in die Rentenversicherung einzahlt, erwirbt laut der Stiftung SRzG nach zehn Jahren Arbeit indes nur Rentenansprüche von 836 Euro. Nach 23 Jahren sind es 1.923 Euro.

„Die Besserstellung von Abgeordneten gegenüber einem sehr gut verdienenden Arbeitnehmer ist schon bei einem Abgeordneten ohne parlamentarische Funktion ungeheuerlich“, sagte Steuerzahlerbund-Chef Seibicke. Es komme aber ein weiterer Aspekt hinzu: Bei der Parlamentsreform 2020 seien die Altersansprüche für bestimmte Funktionsträger sogar noch angehoben worden. Dies betreffe immerhin 15 der derzeit 97 Abgeordneten im Landtag, sagte Seibicke.

Darunter fallen etwa der Landtagspräsident und die Fraktions-



## Altersansprüche von Abgeordneten in Sachsen-Anhalt im Vergleich

Zeit	10 Jahre	15 Jahre	23 Jahre
Abgeordneter	2.621 Euro	3.931 Euro	6.028 Euro
Arbeitnehmer mit Höchstinzahlung ins Rentensystem	836 Euro	1.254 Euro	1.923 Euro

FOTO: DPA | QUELLE: LANDTAG SACHSEN-ANHALT, EIGENE BERECHNUNGEN | GRAFIK: MRM/BÜTTNER

chefs. Sie bekommen doppelte Diäten – derzeit monatlich fast 17.500 Euro. Die gesamte Summe wird bei der Pension angerechnet. Ähnlich profitieren die zwei Landtagsvizepräsidenten sowie die Parlamentarischen Geschäftsführer, die 50 beziehungsweise 60 Prozent Diäten-Aufstockung erhalten.

Seibicke hält „im Sinne der Fairness gegenüber den mehr als 58 Millionen Rentenversicherten“ Reformen für nötig. Die fordert auch Thomas Lange, der sich in Magdeburg für die Stiftung „Rechte zukünftiger Generationen“ engagiert. „Angelehnt an Regeln in Sachsen sollten unsere Abgeordneten statt

eines jährlich steigenden Pensionsanspruchs auf Grundlage ihrer Diäten monatlich den Höchstbetrag der gesetzlichen Rentenversicherung ins System einzahlen“, sagte er. „Die Lösung ist angemessen, weil die Politik andernfalls den Blick für die Probleme der Arbeitnehmer und Rentner verliert“, sagte Lange.

Allerdings gibt es auch im Freistaat eine Ausstiegsklausel, die derzeit noch die meisten der Abgeordneten nutzen. Eine solche Option sollte laut Lange in Sachsen-Anhalt entfallen.

## CDU und SPD skeptisch

Was sagen die Parteien? Die CDU-Fraktion hält wenig vom Vorstoß: „Die aktuelle Regelung erfüllt ihren Zweck“, erklärte Sprecherin Anke Reppin. Diese gleiche fehlende Rentenanwartschaften aus, sichere die Unabhängigkeit des Mandats und berücksichtige „die besonderen Bedingungen eines politischen Amtes, wie etwa die Befristung der Tätigkeit“.

Auch die SPD reagierte zurückhaltend: Die Diskussion sei legitim,

sagte Sprecher René Wölfer. Änderungen müssten aber auf Folgen geprüft werden. „Aus den Erfahrungen in anderen Bundesländern wissen wir, dass vergleichbare Systemumstellungen unterschiedliche Effekte hatten.“ So sei in Nordrhein-Westfalen ein Versorgungswerk an die Stelle der Pensionen getreten. „Gleichzeitig erhalten Abgeordnete einen monatlichen Zuschuss zur Altersvorsorge von inzwischen über 2.500 Euro.“

Zustimmung für eine Reform kommt von der Linken. „Für uns ist es eine zentrale Forderung, dass alle Abgeordneten in die gesetzliche Rentenversicherung einzahlen“, sagte der Parlamentarische Geschäftsführer Stefan Gebhardt. Auch die Grünen finden, dass die aktuellen Regeln „an der Lebenswirklichkeit der Menschen vorbeigehen“. Eine Orientierung am System der Rentenversicherungen hält die Partei für angemessen. Die FDP signalisierte Bereitschaft, das Thema nach der Landtagswahl zu diskutieren. Die AfD ließ eine Anfrage unbeantwortet.

„Dieses Versorgungssystem ist aus der Zeit gefallen.“

Ralf Seibicke, Chef beim Landes-Steuerzahlerbund